

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 18/8440 –

Politisch motivierte Kriminalität – rechts für das Jahr 2022

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/8440** – vom 2. Januar 2024 hat folgenden Wortlaut:

Nach wie vor bilden rechtsmotivierte Delikte einen quantitativen Schwerpunkt der politisch motivierten Kriminalität in Rheinland-Pfalz. Die rechte Szene zeichnet sich vor allem durch das offensive Auftreten ihrer Akteur:innen mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Ideologien aus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele rechtsmotivierte Taten gab es im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz (bitte aufschlüsseln nach den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten)?
2. In welche Delikte gliedern sich diese Taten?
3. In wie vielen Fällen politisch rechtsmotivierter Kriminalität kam es im Jahr 2022 zur Einleitung von Ermittlungsverfahren, zur Erhebung einer Anklage, zur Verurteilung oder zur Einstellung der Ermittlungen?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 23.01.2024
18/8592



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

23 Januar 2024

Kleine Anfrage des Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
betr. „Politisch motivierte Kriminalität – rechts für das Jahr 2022“
- Drucksache 18/8440 -

Vorbemerkung:

Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 der Kleinen Anfrage erfolgt auf der Basis der im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfassten Straftaten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die aufgeführten Fallzahlen sich durch die derzeit andauernden qualitätssichernden Maßnahmen sowie infolge Nachmeldungen noch bis zum 31. Januar 2024 ändern können.

Die Frage 3 wird auf der Grundlage der bundeseinheitlichen Erhebungen der Staatsanwaltschaften über rechtsextreme/fremdenfeindliche Straftaten beantwortet. Der KPMD-PMK und die Erhebungen der Staatsanwaltschaften stehen untereinander nicht in einem Verlaufszusammenhang, da sie auf unterschiedlichen Erhebungsparametern und -zeitpunkten beruhen. Die Statistiken sind daher nicht miteinander vergleichbar.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:



Zu Frage 1:

Im Jahr 2022 rechnete die Polizei insgesamt 740 Straftaten dem PMK-Phänomenbereich Rechts in Rheinland-Pfalz zu.

Die Verteilung dieser Delikte auf die rheinland-pfälzischen Landkreise (LK) und kreisfreien Städte ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Gebietskörperschaft	2022
LK Ahrweiler	16
LK Altenkirchen (Westerwald)	19
LK Alzey-Worms	15
LK Bad Dürkheim	23
LK Bad Kreuznach	14
LK Bernkastel-Wittlich	26
LK Birkenfeld	14
LK Cochem-Zell	14
LK Donnersbergkreis	14
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	21
Frankenthal (Pfalz)	10
LK Germersheim	25
LK Kaiserslautern Land	20
Kaiserslautern	48
Koblenz	30
LK Kusel	20
Landau in der Pfalz	11
Ludwigshafen am Rhein	31
LK Mainz-Bingen	32
Mainz	61
LK Mayen-Koblenz	26
Neustadt an der Weinstraße	12
LK Neuwied	25



Pirmasens	10
LK Rhein-Hunsrück-Kreis	8
LK Rhein-Lahn-Kreis	21
LK Rhein-Pfalz-Kreis	17
Speyer	11
LK Südliche Weinstraße	8
LK Südwestpfalz	5
LK Trier-Saarburg	27
Trier	41
LK Vulkaneifel	16
LK Westerwald	32
Worms	11
Zweibrücken	6
Straftaten Gesamt	740

Zu Frage 2:

Den deliktischen Schwerpunkt bildeten in 2022 wie auch in den zurückliegenden Jahren die Propagandadelikte, gefolgt von Beleidigungen und Volksverhetzungen.

Die Gesamtzahl der von der Polizei Rheinland-Pfalz im Jahr 2022 registrierten rechtsmotivierten Straftaten gliedert sich im Einzelnen wie folgt:

Deliktsbezeichnung	Anzahl
Vergehen nach dem Waffengesetz	1
§ 113 StGB Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	1
§ 240 StGB Nötigung	1
§ 168 StGB Störung der Totenruhe	1
§ 242 StGB Diebstahl	1
§ 140 StGB Belohnung und Billigung von Straftaten	1



§ 111 StGB	öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
§ 105 StGB	Nötigung von Verfassungsorganen	1
§ 304 StGB	gemeinschaftliche Sachbeschädigung	2
§ 192a StGB	verhetzende Beleidigung	4
§ 303 StGB	Sachbeschädigung	5
§ 224 StGB	gefährliche Körperverletzung	12
§ 241 StGB	Bedrohung	19
§ 223 StGB	Körperverletzung	36
§ 130 StGB	Volksverhetzung	96
§ 185 StGB	Beleidigung	171
§ 86a StGB	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	387
Straftaten gesamt		740

Zu Frage 3:

Nach dem Ergebnis der bundeseinheitlichen Erhebungen der Staatsanwaltschaften über rechtsextremistische/fremdenfeindliche Straftaten wurden im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz insgesamt 769 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Einstellungen von Verfahren nach § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung (StPO) erfolgten im Jahr 2022 in 132 Fällen, weil die Täter nicht ermittelt werden konnten. Bei weiteren 142 Beschuldigten wurden die Ermittlungsverfahren im Jahr 2022 nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, da die Ermittlungen keinen genügenden Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage boten.

Einstellungen nach den §§ 153 ff. StPO bzw. nach den §§ 45, 47 des Jugendgerichtsgesetzes erfolgten im Jahr 2022 bei 158 Personen.



Die Erhebung weist für das Jahr 2022 insgesamt 58 Verurteilungen wegen solcher Straftaten nach der Erhebung von Anklagen oder Anträgen auf Erlass eines Strafbefehls aus.

Michael Ebling